

Die Menschheit kann sich den Krieg nicht mehr leisten

Beitrag zum Internationalen Friedenstag der Vereinten Nationen

21. September 2023, Platz der Menschenrechte

Im Rahmen der Kampagne „Frieden braucht Mut & Mittel!“

„Wir befinden uns auf der Überholspur zur Klimakatastrophe“. Mit diesen scharfen Worten wandte sich der UN-Generalsekretär bei der Präsentation des Berichts des Weltklimarates im April letzten Jahres an alle Staaten der Welt. Er kritisierte die gebrochenen Klimaversprechen und warnte davor, dass die Welt auf eine globale Erwärmung zusteuert, die doppelt so hoch sein wird wie das in Paris vereinbarte Ziel, dass die Erderwärmung 1,5 Grad nicht übersteigen soll.

Worüber immer noch wenig gesprochen wird ist, dass der militärische Komplex – Rüstungsproduktion, militärische Anlagen, Militärübungen und Krieg – wesentlich zum Klimawandel beiträgt. Geschätzt wird, dass die ausgestoßenen Treibhausgase des Militärs 6 Prozent der weltweiten Emissionen ausmachen. Das ist mehr als ganz Afrika emittiert. Wäre das Militär ein Land, stünde es an vierter Stelle gemessen an den Treibhausgas-Emissionen, nach China, den USA und Indien.

Die weltweiten Ausgaben für das Militär sind dementsprechend auch rund sechs Mal so hoch wie die Ausgaben für den Klimaschutz. So gesehen scheinen sich die Länder eher militärisch auf zukünftige Krisen und Kriege, die durch den Klimawandel zumindest befeuert, wenn nicht verursacht werden, vorzubereiten. Politikerinnen und Politiker nehmen den Klimawandel in erster Linie als Sicherheitsproblem wahr. Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, meinte dazu: „Der Klimawandel ist ein Sicherheitsproblem, das die Geopolitik in verschiedenen Dimensionen umgestalten wird. Er wird einen Wettbewerb um knappe Ressourcen und Rohstoffe auslösen.“

Sicherheit wird dabei nicht als Grundbedürfnis jedes Menschen verstanden, sondern als Ideologie, die Privilegien schützen soll. Was könnte das in Zukunft bedeuten? Wissenschaftler*innen gehen davon aus, dass im Jahr 2100 Teile der Erde unbewohnbar sein werden, und schätzen, dass es dann bis zu einer Milliarde Klimaflüchtlinge geben wird. Lieutenant General Richard Nugee, der 2020 einen Bericht zu Klimawandel und Nachhaltigkeit für das britische Verteidigungsministerium verfasst hat, merkte zu diesen Aussichten an: „Die Versuchung, das Militär als Beschützer der Grenzen zu Land und zu Wasser gegen Flüchtlinge einzusetzen, nimmt wahrnehmbar zu – mit all den damit verbundenen moralischen und politischen Problemen.“ So weit müssen wir gar nicht in die Zukunft blicken: Seit 2014 sind über 28.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken, niemand weiß, wie viele Menschen in der Wüste Afrikas ausgesetzt wurden und gestorben sind. Auch die Berichte von Human Rights Watch, dass saudi-arabische Grenzschrützer Hunderte Migranten und Migrantinnen an der jemenitischen Grenze getötet haben, geben einen Vorgeschmack darauf, wie sich reiche Länder gegen den Ansturm von Klimaflüchtlingen in Zukunft abschotten könnten.

Dabei sollte uns doch die gerade erst überstandene Corona-Pandemie gelehrt haben, dass weltweite Krisen nur gemeinschaftlich gelöst werden können. Eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, Privilegien zu horten und mit militärischen Mitteln zu schützen, ist nicht dazu imstande, mit den weltweiten Herausforderungen konstruktiv umzugehen.

Schon vor dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sind die weltweiten Militärausgaben stetig wieder angestiegen, auch in Österreich. Der Krieg in der Ukraine hat der Rüstungsproduktion und dem Waffenhandel nochmals einen kräftigen Anschlag verliehen. Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung hat im letzten Jahr weltweit 363 Konflikte registriert. 60 Prozent, also 216, wurden mit Waffen ausgetragen. Die meisten bewaffneten Konflikte sind innerstaatlich. In den Nachrichten hören wir dann von bewaffneten Milizen, paramilitärischen Verbänden, terroristischen Gruppen usw. Von den Wegen der Waffen aus den Rüstungskonzernen hin zu den kämpfenden Gruppen hören wir allerdings wenig. Jedenfalls scheint es nicht schwierig, illegal an Waffen heranzukommen. Die

massive Rüstungsproduktion trägt viel dazu bei, dass lokale Konflikte leichter in bewaffnete Auseinandersetzungen münden. Kleinwaffen sind dabei die Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts, die meisten Kriegsoffer sind Opfer von Kleinwaffen. Alle, die in Krisenregionen arbeiten, wissen allzu gut, dass es keine Kampfjets oder Panzer braucht – es reichen Pistolen und Maschinengewehre, um ganze Regionen unter Kontrolle zu bringen und die Bevölkerung zu terrorisieren.

Um Frieden zu schaffen und Frieden auch zu erhalten, braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz – nichts weniger als eine aktive, gewaltfreie Friedenspolitik. Sowohl die österreichische Neutralität als auch die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bilden dafür eine gute Grundlage. Zu einer umfassenden Friedenspolitik gehört die Vermittlung in Konflikten genauso wie der Einsatz für Gerechtigkeit, inklusive Klimagerechtigkeit, und der Einsatz für Abrüstung und Demilitarisierung. Ein nachhaltiger Frieden ist ohne Zivilgesellschaft nicht möglich. Als Versöhnungsbund setzen wir uns beispielsweise seit über 20 Jahren für die Einführung eines zivilen Friedensdienstes in Krisenregionen ein. Ein erstes Pilotprojekt im Libanon wird hoffentlich noch heuer beginnen.

In Kolumbien arbeitet jetzt schon ein Friedensfachfrau des Versöhnungsbundes, dankenswerterweise finanziert von Horizont 3000 und der Austrian Development Agency. Sie begleitet drei ländliche Gemeinden, die von illegalen bewaffneten Gruppen bedroht und drangsaliert werden. Für nur eine Friedensfachkraft ist das viel zu viel. Notwendig wäre ein 5-, besser ein 10-köpfiges Team von Begleitern und Begleiterinnen, um den Gemeinden ausreichend Schutz und Kraft zu bieten.

Aber auch hier in Österreich und Europa werden Friedensfachkräfte dringend benötigt, die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft spricht für sich.

Nicht zuletzt braucht es die Friedensforschung, die auch die Erfahrungen der Friedensaktivisten und -aktivistinnen aufarbeitet und damit zur Weiterentwicklung des Friedensaufbaus beiträgt. Die Friedensforschung ist der Politik z.B. in Sachen Klimawandel und Konflikt weit voraus. So werden klimabedingte Veränderungen in den Friedensaufbau mit einbezogen, erschwerte Umweltbedingungen müssen nicht zwangsläufig zu Konflikten führen oder Konflikte verschärfen, sondern können durch Kooperation zu Frieden führen. Kooperation statt Wettbewerb, Inklusion statt Exklusion, ist zwar kein Garant für mehr Frieden, aber doch ein mehr versprechender Weg als mit einem enormen ökologischen militärischen Stiefelabdruck, der sich dann „humanitäre Intervention“ nennt, in Krisengebiete einzufallen. Die jüngsten Beispiele aus der Sahelzone sollten zumindest den europäischen Regierungen zu denken geben.

Letztendlich ist zivile, gewaltfreie Konfliktbearbeitung wesentlich billiger als militärische, sie braucht weder überbordende Ressourcen an Material – also Kriegsgerät, noch hinterlässt sie gewaltige ökologische Schäden und Treibhausgasemissionen. Deswegen auch die bescheidene Forderung von 500 Millionen Euro, im Gegensatz zu den Milliarden, die das Militär jährlich verschlingt.

Was Hoffnung gibt, ist, dass die Menschen, besonders die, die von Konflikten betroffen sind, den Frieden wollen – also bereiten wir ihn mit friedlichen und klimafreundlichen Mitteln vor und sparen den Krieg ein!

